

**BildungsIMPULSE – regionale Ansätze
und Strategien im Bildungsmanagement**

Demokratie passiert dazwischen

Begegnung als kommunale
Gestaltungsaufgabe

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement



Impressum

**Regionale Entwicklungsagentur
für kommunales Bildungsmanagement NRW (REAB NRW)
Institut für soziale Arbeit e. V.**
Friesenring 40
48147 Münster

info@reab-nrw.de
www.reab-nrw.de

Inhaltlich verantwortlich
Dr. Mario Roland & Kirsten Althoff

Redaktion
Saskia van den Berg, Til Farke, Lisa-Marie Staljan. Unterstützt durch KI-Tools.

Layout
Saskia van den Berg

Grafiken
www.freepik.com

© 2026 ISA – Institut für soziale Arbeit e. V.



Das Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement

Die Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement NRW (REAB NRW) ist Teil des bundesweiten Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement. Das Fachnetzwerk berät und begleitet Kommunen beim Aufbau einer abgestimmten Bildungssteuerung und bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungslandschaft. Ziel ist es, den Aufbau und die Weiterentwicklung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM) zu fördern, um gerechtere Bildungschancen vor Ort zu schaffen. Im Fachnetzwerk unterstützen acht regionale Entwicklungsagenturen und fünf thematisch ausgerichtete, bundesweit tätige Fachstellen Kommunen hierfür mit passgenauem Fach- und Praxiswissen. Gefördert wird das Fachnetzwerk durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), das sich im Rahmen der Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement seit 2014 für die Stärkung kommunaler Steuerungsstrukturen im Bildungsbereich engagiert.

Inhalt

7

Demokratie beginnt im Alltag

10

NRW im Demokratie-Check

Was die aktuellen Daten im neuen Bericht über Demokratie in NRW zeigen

14

Bunt, offen und 1.4 Millionen Besucher:innen

Wie aus einer Bibliothek ein Ort für Bildung, Begegnung und Demokratie wurde

18

Wie Zusammenarbeit Stadtquartiere verändert

Das Projekt „nordwärts“ in Dortmund zeigt, wie es gelingen kann

22

Demokratie lässt sich nicht nur erklären, sie muss erfahrbar werden

Das Demokratiefestival „Wanted: Zukunft“ 2026 in Borken

26

Aus einer Idee wird Gemeinschaft

Das Elterncafé im FGZ Hochfelder Markt in Duisburg

28

„Wenn wir genau hinsehen, gibt es kaum eine Gesprächssituation,
in der wir Konfliktfähigkeit nicht benötigen“

31

Konfliktfähigkeit lernen? Ansätze im Vergleich

33

Wenn professionelles Verwaltungshandeln auf demokratische Haltung trifft

Wie Kommunalverwaltungen Demokratie aktiv gestalten – und was Bochum daraus macht

Was erwartet Sie auf den kommenden Seiten?

Ein Einblick vorab

Begegnung als kommunale Aufgabe

- Warum Begegnung eine Grundlage demokratischen Zusammenlebens ist.
- Welche Rolle Kommunen bei der Gestaltung von Begegnungsräumen spielen.
- Warum Demokratiebildung weit über Schule hinausgeht.

Demokratie in NRW unter der Lupe

- Was der Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen über Einstellungen zur Demokratie zeigt.
- Welche Entwicklungen und Herausforderungen sichtbar werden.
- Welche Impulse sich daraus für Demokratiebildung und Begegnung vor Ort ergeben.

Konflikte konstruktiv gestalten

- Warum Konfliktfähigkeit zur Demokratie gehört.
- Welche Ansätze Kommunen für Demokratiebildung nutzen können.
- Welche Impulse sich für die Praxis ableiten lassen.

Einblicke in die kommunale Praxis

- Wie Bibliotheken, Schulen und Quartiere zu Orten der Demokratie werden.
- Wie Verwaltung nach innen Demokratie gestaltet.
- Wie ein Festival Demokratie stärken kann.

Anregungen für das kommunale Bildungsmanagement

- Begegnungsräume systematisch mitdenken und gestalten.
- Kooperationen innerhalb der Verwaltung und mit Partner:innen stärken.
- Ideen für die kommunale Praxis entwickeln.



Sehen Sie sich hier unser Learning-Nugget zum Thema „Deep Democracy“ an.

Demokratie beginnt im Alltag



Ein klassischer Nachmittag in einer kleinen Stadt in NRW: Im Rathaus diskutieren Bürger:innen über die Umgestaltung eines zentralen Platzes. Interessen treffen aufeinander, Argumente werden ausgetauscht, Kompromisse ausgelotet. Ein paar Straßen weiter entwickeln junge Menschen in einem Filmprojekt ihre Sicht auf die Stadt, führen Gespräche und setzen sich mit Fragen von Zugehörigkeit und Teilhabe auseinander. In einem anderen Stadtteil sitzen Menschen im Nachbarschaftscafé zusammen. Zwischen Alltagsgesprächen über Familie, Hobbys und das Leben im Quartier entstehen beiläufige Kontakte, in denen unterschiedliche Perspektiven sichtbar werden und Meinungen aufeinandertreffen. Drei Situationen, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben – und doch verbindet sie etwas Grundlegendes: Es entstehen Begegnungen zwischen Menschen. Und genau solche Begegnungen sind eine wichtige Grundlage demokratischer Erfahrung.

Bereits im 16. Kinder- und Jugendbericht (2020) wurde betont: „Politische Bildung lebt von gemeinsamen Erfahrungen, die in demokratischen Bildungsräumen erlebt werden. Politische Subjektwerdung braucht Gemeinschaftserfahrungen und Orte der Begegnung.“¹ Diese Perspektive hat angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen nichts an Bedeutung verloren. Polarisierung, soziale Fragmentierung, aber auch Einsamkeitserfahrungen und sinkendes Vertrauen in demokratische Institutionen stellen das

demokratische Zusammenleben zunehmend vor Herausforderungen – auch auf kommunaler Ebene. Es bleibt also relevant, unterschiedliche Perspektiven, Interessen und Lebensrealitäten zusammenzubringen und die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam auszuhandeln.

Die Bedeutung von Demokratiebildung wird in diesem Zusammenhang immer wieder hervorgehoben und geht längst über den Schulunterricht oder politische Bildungsangebote im engeren Sinne hinaus. Zwar bleiben Wissen über demokratische Institutionen, politische Urteilsfähigkeit und die Vermittlung demokratischer Werte zentrale Bestandteile. Ebenso wichtig sind jedoch die Fähigkeit und Bereitschaft zu Partizipation, zur Übernahme von Verantwortung und ein respektvoller Umgang mit Konflikten.

Demokratiebildung kann dementsprechend auch dort geschehen, wo Menschen einander begegnen, Unterschiede wahrnehmen und lernen, mit ihnen umzugehen. Denn Demokratie ist nicht nur Herrschafts-, sondern auch Gesellschafts- und Lebensform², die im alltäglichen Miteinander von Menschen erfahrbar ist. Der aktuelle Demokratiebericht NRW betont: „Begegnung und Dialog sind nicht nur Mittel zum Zweck, sondern selbst Ziel und Erfolg politischer Bildungsarbeit“.³ Ein solches Verständnis macht Begegnung zu einem wichtigen Bestandteil demokratischer Infrastruktur und rückt die Frage in den Fokus, wo Men-

1 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, S. 521

2 Himmelmann, Gerhard: Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? Berlin: BLK 2004, 22 (Beiträge zur Demokratiepädagogik), DOI: 10.25656/01:216

3 Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2026): 3. Demokratiebericht. Mitte(n) unter Druck. Bericht zur Lage der Demokratie und der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen 2025, S. 6



schen heute Gelegenheiten haben, einander zu treffen, Unterschiede auszuhalten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu erleben.

Aber: Nicht jede Begegnung entfaltet automatisch eine demokratische Wirkung. Erkenntnisse aus der Kontakt- und Deliberationsforschung zeigen, dass ihr Effekt stark von den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängen. Beide Forschungsstränge weisen auch darauf hin, dass Begegnung auch exkludierend oder polarisierend wirken kann, wenn bestimmte Bedingungen nicht gegeben sind. Demokratiebildende Wirkung entsteht somit nicht durch Begegnung an sich, sondern durch ihre konkrete Gestaltung.⁴

Und: Es bedarf insgesamt einer realistischen Einordnung. Denn Bildungs- und Begegnungsprozesse allein – egal wie gut gestaltet – können gesellschaftliche Ungleichheiten, politische Polarisierung oder demokratiegefährdende Entwicklungen nicht kurzfristig lösen. Sie ersetzen keine sozial-, integrations- oder gesellschaftspolitischen Maßnahmen. Sie können jedoch langfristig dazu beitragen, Demokratiefähigkeit zu stärken und Voraussetzungen für ein respektvolles Zusammenleben zu schaffen.

Viele Orte demokratischer Erfahrung liegen unmittelbar im kommunalen Alltag: im Quartier, im Verein, in der Bibliothek, im Jugendzentrum, auf öffentlichen Plätzen oder in Beteiligungsprozessen vor Ort. Die eingangs beschriebenen Situationen zeigen ebenfalls auf, dass Begegnungen zwischen Menschen innerhalb von Kommunen in verschiedenen Kontexten stattfinden und in unterschiedlicher Weise Chancen für demokratische Erfahrungen eröffnen.

Dazu zählen beispielsweise formalisierte Begegnungen in partizipativen Beteiligungsverfahren, die auf konkrete politische Entscheidungen ausgerichtet sind und einem regelgeleiteten, argumentativen Austausch folgen. Hinzu kommen pädagogisch gerahmte Begegnungen, in denen demokratische Kompetenzen

bewusst vermittelt, erprobt und reflektiert werden. Schließlich sind alltägliche Begegnungen im Sozialraum relevant, die nicht auf Diskurs oder Entscheidung zielen, sondern erst einmal Kontakt ermöglichen, Vielfalt erfahrbar machen und soziale Isolation verringern können.

Die vorliegende Veröffentlichung knüpft an diese unterschiedlichen Kontexte von Begegnung an und richtet den Blick auf die kommunale Ebene. Sie geht der Frage nach, welche Bedeutung Begegnung für demokratische Erfahrungen im Alltag hat und welche Rolle Kommunen bei der Gestaltung der dafür relevanten Rahmenbedingungen spielen. Im Mittelpunkt steht die Sensibilisierung für Begegnung als kommunales Thema und die unterschiedlichen Perspektiven, die sich daraus für kommunales Handeln ergeben. Damit verschiebt sich der Fokus von Begegnung als beiläufigem Effekt hin zu Begegnung als gestaltbare Aufgabe. Für das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement eröffnen diese verschiedenen Ebenen eine wichtige Perspektive: Begegnungsräume und die mit ihnen verbundenen Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten können als Teil kommunaler Bildungslandschaften betrachtet und systematisch in Analyse, Planung und Steuerung einbezogen werden.



⁴ z. B. Koschate, M./ van Dick, R. (2011). A multilevel test of Allport's contact conditions. *Group Processes & Intergroup Relations*, 14(6) und Caluwaerts, D./ Bernaerts, K./ Kesberg, R./ Smets, L./ Spruyt, B. (2023): Deliberation and polarization: a multi-disciplinary review. In: *Frontiers in Political Science*

KOMMUNALVERWALTUNG ALS ERMÖGLICHERIN VON BEGEGNUNG

Handlungsspielräume für die kommunalen Akteure



Grafik mit KI gestaltet.

NRW im Demokratie-Check

Was die aktuellen Daten im neuen Bericht über Demokratie in NRW zeigen

Demokratiebildung lebt von Erfahrungen aus der Praxis, braucht für Analyse und Entscheidungen aber ebenso eine verlässliche empirische Grundlage – passend zum datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement. Der Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen liefert hierfür eine wichtige landesspezifische Perspektive. Er macht aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen sichtbar und schafft damit eine fundierte Grundlage, um politische Bildung vor Ort reflektiert weiterzuentwickeln. Im folgenden Gespräch gehen wir gemeinsam mit Dr. Arne Hordt, Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und dort zuständig für den Demokratiebericht, auf zentrale Erkenntnisse des aktuellen Demokratieberichts und ihre Bedeutung für die kommunale Praxis ein.

Der Demokratiebericht NRW erscheint inzwischen zum dritten Mal. Warum braucht es aus Ihrer Sicht überhaupt einen spezifischen Demokratiebericht für Nordrhein-Westfalen? Was lässt sich auf Landesebene erkennen, das bundesweite Studien eher nicht sichtbar machen?

Nordrhein-Westfalen hat seine eigene politische Kultur und unterscheidet sich als bevölkerungsreichstes Bundesland in vielem von anderen Bundesländern. Es gibt hier z. B. bei fast allen politischen Akteuren eine besondere Wertschätzung von Vielfalt und sozialem Ausgleich. Aber auch innerhalb von NRW unterscheiden sich wirtschaftliche Strukturen und politische Herausforderungen stark, z. B. zwischen eher wohlhabenden Regionen und Regionen, die teils seit Jahrzehnten die Folgen von Strukturwandel zu bewältigen haben. Der Demokratiebericht liefert dazu verlässliche Daten auf Landesebene. Dabei werden Besonderheiten sichtbar, die bundesweite Studien auf dieser Ebene kaum erfassen können: So zeigt sich einerseits eine große demokratische Stabilität in der Mitte der Gesellschaft und bei höheren Einkommensgruppen. Andererseits finden sich bei den unteren Einkommensgruppen und Menschen, die sich selbst eher am unteren Ende der sozialen Skala sehen, sehr fragile Einstellungen zur Demokratie. Ein

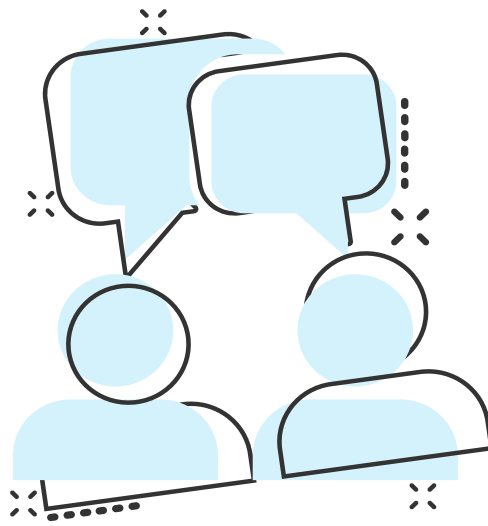
interessanter Befund für ein vielfältiges und weltoffenes Land wie NRW ist, dass wir uns zunehmend in einer postmigrantischen Gesellschaft bewegen: Menschen mit Migrationsgeschichte unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Demokratieeinstellungen kaum vom Durchschnitt der Bevölkerung – im Positiven wie im Negativen.



Der Bericht basiert auf einer repräsentativen Befragung von 2.914 Menschen in NRW und erlaubt dadurch belastbare Aussagen für das Land sowie detaillierte Analysen einzelner Altersgruppen. Rund 42 % der Menschen in NRW zählen zur Gruppe der „fragilen Demokratinnen und Demokraten“, bei denen sich demokratische und undemokratische Einstellungen mischen.

Wenn Sie die Ergebnisse des Demokratieberichts 2026 auf drei zentrale Botschaften verdichten müssten: Welche wären das?

Erstens: Vielen Menschen in NRW ist nicht mehr ganz klar, was Demokratie bedeutet. Sie stimmen zwar der Demokratie allgemein zu, sie würden sich aber z. B. auch nicht an einer Einparteienherrschaft stören. Zweitens: Die Menschen in NRW sind immer



unzufriedener mit der Demokratie, weil ihre wirtschaftliche Lage sich verschlechtert hat. Viele Menschen nehmen keine Verbesserungen wahr und das schlägt auf die Einstellungen zur Demokratie durch. Drittens: Mit Angeboten politischer Bildung müssen die Trägereinrichtungen aufpassen, dass sie nicht nur die gut gestellten und ohnehin von der Demokratie überzeugten Kreise der Bevölkerung erreichen. Politische Bildung, auch für Erwachsene, muss in vielen Fällen Grundbildung sein: Das heißt, politische Bildungsangebote müssen sich auch voraussetzungslos als Angebote an die Mehrheitsgesellschaft richten, nicht nur an besondere Zielgruppen.



Die Demokratie als Staatsform wird weiterhin breit unterstützt, gleichzeitig sinkt die Zufriedenheit mit ihrer tatsächlichen Funktionsweise deutlich. Die Einschätzung der eigenen Lebenslage hängt eng mit der Demokratiezufriedenheit zusammen. Wer seine wirtschaftliche Situation positiv bewertet, bewertet auch die Demokratie häufiger positiv.

Der Bericht trägt den Titel „Mitte(n) unter Druck“: Was genau steht aus Ihrer Sicht hinter diesem Befund?

Der Titel vereint zwei Beobachtungen: Erstens, die Demokratie droht nicht nur an den Rändern auszufransen. Demokratieskeptische bis -feindliche Einstellungen finden sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Zweitens, die untere Mittelschicht, junge Menschen mit schlechten Startchancen im Leben und arbeitende Familien im unteren mittleren Einkommensbereich haben zunehmend Zweifel an der Demokratie.

Der Titel „Mitte(n) unter Druck“ beschreibt weniger eine Krise der demokratischen Überzeugungen als den wachsenden Druck auf die Lebenslagen weiter Teile der gesellschaftlichen Mitte. Wirtschaftliche Unsicherheit und Zukunftssorgen gehen mit einer deutlich geringeren Demokratiezufriedenheit einher.

Besonders auffällig ist der Rückgang der Demokratiezufriedenheit bei jüngeren Menschen. Hat Sie dieser Befund überrascht und welche Erklärungen sehen Sie dafür?

Ja, dieser Befund hat das Team zunächst überrascht. Aber das ist ja das Schöne an datenbasierter Forschung: An den Befunden selbst ist nicht zu rütteln. Sie verlangen nach Erklärungen. Wenn man sich die Debatten der vergangenen Jahre, z. B. bei den Themen Rente und Wehrpflicht anschaut oder die wirtschaftlichen Entwicklungen mit Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Lebensperspektiven und Zukunftschancen allgemein, ist es eigentlich nicht so verwunderlich, dass junge Menschen sich zu wenig angesprochen und mitgenommen fühlen von der Politik. Oft wird über sie geredet, statt mit ihnen.

Der Bericht beschreibt ein weit verbreitetes Gefühl gesellschaftlicher Spaltung sowie eine Zunahme von Einsamkeit. Welche Bedeutung haben solche sozialen Erfahrungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt?

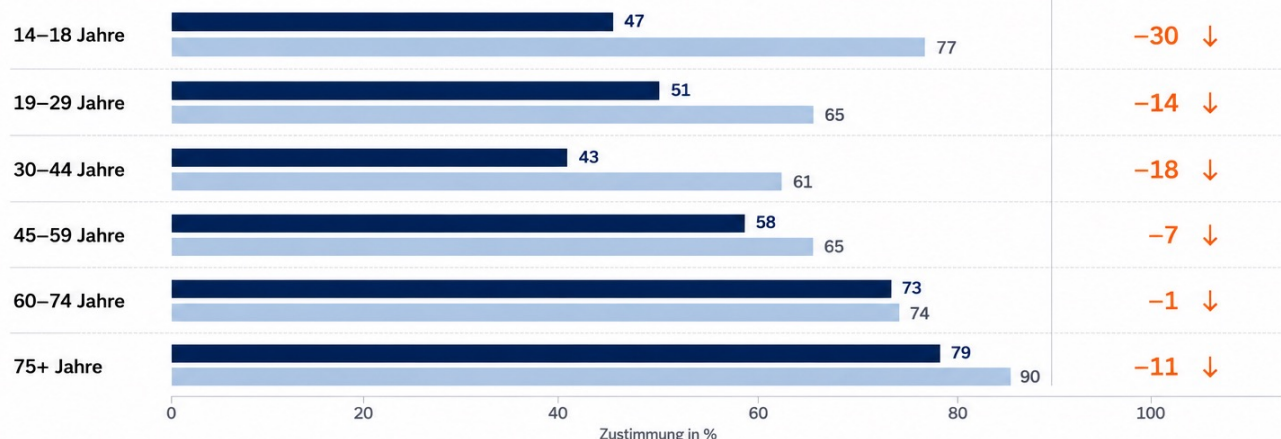
Das ist im Bericht tatsächlich eher eine negative Kontrollgröße – also ein Faktor, dessen Fehlen mit stabileren demokratischen Einstellungen zu-

Jüngere und mittlere Altersgruppen bewerten die Demokratie deutlich kritischer als noch 2023

Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie nach Altersgruppen (in %)

Wie zufrieden sind Sie mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie in Deutschland?

■ 2025 (N = 1.283) ■ 2023 (N = 1.270)



EINORDNUNG

Die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie ist bei jungen Menschen am niedrigsten und ist im Vergleich zu 2023 deutlich gesunken. Auch in der Altersgruppe 30–44 Jahre zeigt sich ein ausgeprägter Rückgang. Ab 45 Jahren stabilisieren sich die Werte weitgehend; ab 60 Jahren bewegen sie sich auf einem hohen und vergleichsweise konstanten Niveau.

Quelle: Eigene Darstellung nach Demokratiebericht NRW 2026, Abb. 25.

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie nach Altersgruppen.



sammenhängt. Geringe soziale Einbindung und das Empfinden von gesellschaftlicher Spaltung machen Menschen empfänglich für populistische Narrative von rechts und links. Wer sich nicht einsam fühlt und auch nicht das Gefühl hat, die Gesellschaft sei gespalten, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den Demokraten zu finden.

Wir beschäftigen uns in dieser Veröffentlichung mit der Bedeutung von Begegnung für Demokratie. Welche Rolle spielen Zugehörigkeit, soziale Beziehungen und Begegnungen für stabile demokratische Einstellungen?

Das ist die positive Botschaft, die daraus folgt: Begegnung und Beziehungen sind entscheidend! Begegnungen ermöglichen Beziehungen, Beziehungen fördern Zugehörigkeit – und Zugehörigkeit stärkt demokratische Einstellungen, wenn sie inklusiv verstanden wird, wie im bekannten Karnevalslied „Drink doch eine met!“ von den Bläck Föös, die sich damit schon 1971 gegen soziale Ausgrenzung und Einsamkeit positioniert haben.

Besonders stark hat Einsamkeit bei jungen Menschen zugenommen: 2025 fühlen sich 59 % der 14- bis 18-Jährigen und 69 % der 19- bis 29-Jährigen zumindest hin und wieder einsam. Eine schwächere Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und der Eindruck gesellschaftlicher Spaltung in Kombination mit wahrgenommener Einsamkeit werden im Bericht als Faktoren beschrieben, die demokratische Einstellungen belasten und antidemokratische Narrative begünstigen können.

Im Bericht werden Selbstwirksamkeit und Responsivität – also Zuhören, Erklären und Handeln – als wichtige Schlüssel zur Stärkung der Demokratie beschrieben. Welche Erfahrungen brauchen Menschen, um Demokratie als wirksam und gestaltbar zu erleben?

Selbstwirksamkeit ist etwas, das alle Menschen betrifft. Wenn ich grundsätzlich nicht das Gefühl habe, etwas bewirken zu können, wirkt sich das auch auf das Vertrauen in andere Menschen, politische Ins-

titionen und die Motivation, am demokratischen Zusammenleben mitzuwirken, aus. Menschen brauchen positive Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit von Anfang an, für jede Art von Bildungserfolg und um Lust auf Demokratie zu haben.

Der Dreiklang Zuhören – Erklären – Handeln betrifft eher die Wechselwirkung zwischen politischen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern: Der langjährige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, hat dazu als Bundespräsident in seiner Berliner Rede von 2004 gesagt, Politiker seien dann glaubwürdig, wenn sie einen gar nicht so leichten Rat beherzigen würden: „Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.“ Hinzu kommen heute auch eine gewisse Nahbarkeit und Erreichbarkeit. Wenn ich meine Bankgeschäfte rund um die Uhr auf dem Handy erledigen kann, fehlt das Verständnis für Langsamkeit von Entscheidungen. Dadurch verändern sich Erwartungen an staatliches Handeln. Politik muss dem Rechnung tragen – nicht durch blitzartige Sofortentscheidungen, sondern durch besseres Erklären, Transparenz und nachvollziehbares Handeln.

Welche Bedeutung haben dabei Orte und Gelegenheiten der Begegnung – etwa in Schulen, Vereinen, Nachbarschaften oder Kommunen?

Auf der kommunalen Ebene sind das die entscheidenden Orte, an denen Demokratie gelebt und gelernt werden kann. Wichtig ist, dass wir uns nicht zurückziehen, auch unterschiedliche Meinungen gelten lassen, Sorgen als berechtigt akzeptieren, ohne andere gleich zu verurteilen, weil sie nicht so sind oder so denken wie wir.



84 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen nehmen eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung wahr. Der Demokratiebericht leitet daraus die Notwendigkeit ab, demokratische Erfahrungen und soziale Verbundenheit dort zu stärken, wo Menschen sich im Alltag begegnen – etwa in Schulen, Vereinen, Nachbarschaften und Kommunen.

Welche Konsequenzen ergeben sich Ihrer Meinung nach aus den Ergebnissen des Demokratieberichts für Demokratiebildung in den Kommunen?

Demokratiebildung darf nicht als Set von Zulassungshürden für demokratische Beteiligung missverstanden werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist fit für die Demokratie, weil unser Grundgesetz das so sieht, denn Demokratie setzt keine besonderen Qualifikationen für politische Teilhabe voraus. Demokratiebildung auf kommunaler Ebene ist daher so entscheidend, weil der Staat und damit die Demokratie den meisten Menschen in erster Linie in den Kommunen begegnet. Dort können z. B. Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse offener als bisher organisiert werden. Es kann dort auch Verständnis dafür entstehen, dass es unterschiedliche Interessen und Positionen gibt und dass Konflikte nichts Schlechtes sind, sondern das Austarieren von Konflikten durch Kompromisse den Kern von Demokratie ausmacht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Weitere Informationen

[> Hier geht's zum aktuellen Demokratiebericht](#)



Bunt, offen und 1,4 Millionen Besucher:innen

Wie aus einer Bibliothek ein Ort für Bildung,
Begegnung und Demokratie wurde

Demokratie lebt von Begegnung, Austausch und Orten, an denen Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Die Zentralbibliothek im Düsseldorfer KAP1 versteht sich genau als ein solcher Ort: offen, niedrigschwellig und für alle zugänglich. Wie hier ein lebendiger Treffpunkt für Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt entstanden ist, zeigt ein Blick hinter die Kulissen.

Zwei Dinge fallen beim Betreten sofort auf: das leuchtende Gelb und die entspannte, ruhige und weite Atmosphäre. Wir sind zu Besuch in der am 6. November 2021 eröffneten Zentralbibliothek in Düsseldorf. Und ein Team der REAB NRW (ehemals Transferagentur NRW) war schon einmal hier: vor fast sechs Jahren, um vom LibraryLab zu berichten ([Ausgabe 2/2020](#)). Damals „versteckte“ sich die Zentralbibliothek noch am Hinterausgang des Düsseldorfer Bahnhofs. Jetzt schlendert man den Bahnhofsvorplatz entlang, biegt scharf rechts über die S-Bahngleise ab und steht am Konrad-Adenauer-Platz 1. Das ehemalige Postgebäude beherbergt unter dem Namen KAP1 das Forum Freies Theater sowie die Zentralbibliothek der Stadtbüchereien Düsseldorf. Wer sich vielleicht fragt, was es mit dieser kryptischen Abkürzung auf sich hat: Der Name ist die Abkürzung der Adresse „Konrad-Adenauer-Platz 1“. Hinter der Glasfassade führt der Weg in den zweiten Stock. Wer den Fahrstuhl links liegen lässt und stattdessen die Treppen nimmt, verbrennt dabei laut einem Schild am Eingang immerhin rund 80 Kilokalorien.

Betritt man die Bibliothek, wird man direkt von einer großen Informationstheke und dem Bibliotheksteam begrüßt. Eine große, über mehrere Stufen verteilte Sitzecke lädt zum Verweilen ein. Auf der unteren Ebene befinden sich unter anderem das Café, die

Bereiche Filme, Belletristik und die KiBi – der große Kinderbereich, in dem bereits einiges los ist. Überall verstecken sich Sitz- und Loungebereiche – mal mit Sofa und Sessel zum Chillen, mal mit Tischen und Stühlen zum fokussierten Arbeiten. Beides wird an diesem Vormittag rege genutzt. Aber trotz der vielen Besucher:innen herrscht eine ruhige und entspannte Atmosphäre. Ein ideales Umfeld, um konzentriert zu arbeiten oder zu lernen. Die Besucher:innen sind ganz bunt gemischt: Vom Kindergartenkind bis hin zu Senior:innen suchen sich hier alle ihre Lieblingsplätze. Überall ist es luftig. Niedrige Bücherregale ermöglichen die Sicht auf die großzügige Architektur. Folgt man der gelben Treppe, gelangt man auf die zweite Ebene mit der Dachterrasse. Hier befinden sich verschiedene Räume wie ein Musikraum, das LibraryLab Studio, das Digitalstudio und vor allem die Lernboxen. Diese können kostenlos reserviert werden. Und alle sind an diesem Morgen besetzt. Die meisten sitzen zu zweit und lernen anscheinend für Uni oder Schule. Aber auch sonst gibt es im Obergeschoss – neben Büchern natürlich – wieder viele Sitz- und Arbeitsmöglichkeiten.

Wie ist es zu der neuen Bibliothek gekommen? Welche Ideen und Ziele stecken dahinter? Darüber erfahren wir bei einem Rundgang mit der neuen Leiterin der Zentralbibliothek Martina Leschner und



Willkommen im KAP1, der Zentralbibliothek mitten in Düsseldorf. Kurz nach der Öffnung geht es hier noch angenehm ruhig zu, die Gänge sind fast menschenleer. Doch das bleibt nicht lange so: Vor allem am Nachmittag füllt sich die Bibliothek mit Leben.

Stephan Schwering, nun Direktor der Düsseldorfer Stadtbüchereien, aber ehemals Leiter der Zentralbibliothek, mehr.

Vorbilder waren unter anderem die Bibliothek in Helsinki, die sich weniger als traditionelle Büchersammlung, sondern vielmehr als ein offenes „Wohnzimmer der Stadt“ und ein demokratischer Treffpunkt für alle Bürger:innen versteht, erläutert Schwering. Ein solches Konzept sollte auch die Stadt Düsseldorf bereichern. Und so steht auf der Website zu lesen: „Die Zentralbibliothek im KAP1 ist eine Plattform für alle Bürgerinnen und Bürger, sie ist ein Ort für Demokratie, Treffpunkt für Kommunikation, kulturelle und digitale Bildung, Wissenstausch und literarisches Zentrum. Die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sind herzlich eingeladen, Teil davon zu sein.“ Die Zentralbibliothek ist dabei weit mehr als eine klassische Kultur- oder Bildungseinrichtung. Sie übernimmt heute eine wichtige Rolle innerhalb der kommunalen Bildungslandschaft und schafft niedrigschwellige Zugänge zu Lernen, Austausch und gesellschaftlicher Teilhabe.

Doch wie wird dieser Anspruch konkret mit Leben gefüllt? Und wie entsteht ein Ort, an dem Demokratie, Begegnung und Teilhabe im Alltag erfahrbar

werden? „Man muss Raum für Menschen schaffen“, erzählt Martina Leschner. Ganz so einfach ist es dann natürlich in der Realität doch nicht. Denn dafür braucht es nicht nur passende Räume, sondern auch ein neues Verständnis davon, was eine Bibliothek sein kann. „Das Mindset muss sich ändern. Bibliotheken sind heute andere Orte als früher“, ergänzt Stephan Schwering. Und dieser Prozess hat vor über zehn Jahren begonnen und geht auch jetzt noch weiter.

„Man muss Raum für Menschen schaffen.“

Damals hatte der Rat einstimmig einer Neuausrichtung der Zentralbibliothek zugestimmt. Und seitdem ist jede Menge passiert. Eine neue, größere Immobilie wurde gesucht und in dem ehemaligen Postgebäude am Bahnhof auch relativ schnell gefunden. Nach zahlreichen Besuchen anderer Bibliotheken und Dritter Orte (Ein Dritter Ort ist ein öffentlicher Treffpunkt außerhalb von Zuhause und Arbeit bzw. Schule, der soziale Begegnung und Gemeinschaft ermöglicht), Bürgerbefragungen und der architektonischen Planung öffnete dann die neue Bibliothek ihre Türen für die Bürger:innen.



Ein- und Ausblicke in die lichtdurchfluteten Räume der Bibliothek.

Und hier sind wirklich alle willkommen. Damit sich die Besucher:innen wohl und sicher fühlen können, gibt es einige Spielregeln für das Miteinander, auf die auch die Security ein Auge hat. Die zentrale Lage direkt am Bahnhof ist dabei Chance und Herausforderung zugleich. Sie macht die Bibliothek leicht erreichbar, bringt aber auch die sozialen Realitäten des Stadtviertels mit in den Alltag der Einrichtung. Die Security ist aber vor allem ein wichtiger Baustein für das Konzept der „Open Library“, das in Düsseldorf verfolgt wird. So können die Besucher:innen die Bibliothek auch dann nutzen, wenn kein Bibliothekspersonal vor Ort ist. Von 9 bis 21 Uhr stehen die Räume zum Lesen, Lernen, Arbeiten, Spielen oder Ausprobieren offen – und das sogar sonntags von 11 bis 18 Uhr.

Dass die Bibliothek heute weit mehr ist als ein Ort für Bücher, zeigt sich jeden Tag aufs Neue. Die Menschen kommen aus ganz unterschiedlichen Gründen ins KAP1: zum Lernen, für Veranstaltungen, um andere zu treffen oder einfach, um Zeit an einem öffentlichen Ort zu verbringen. „Wir haben festgestellt, dass nur weniger als die Hälfte der Besucher:innen wirklich Medien ausleihen“, so Leschner. Die Bibliothek ist damit vielmehr zu einem Begegnungs- und Lernort geworden. Das zeigt sich auch an den vielfältigen Angeboten. Ein Angebot fällt sofort am Eingang auf der großen Anzeigentafel auf: der Zuhör.Raum. Das ist ein Angebot vom Verein „zuhören draussen“. Im gesamten Stadtgebiet sind mittlerweile 15 Zuhör.Bänke aufgestellt, die einladen, miteinander ins Gespräch zu kommen oder auch nur ein offenes

Ohr zu finden. Ein Konzept, wie geschaffen für einen dritten Ort: Jeden Samstag sind nun auch in der Bibliothek Ehrenamtliche mit Herz unterwegs. Wer reden möchte, trifft hier auf Menschen, die zuhören. Solche Angebote tragen dazu bei, demokratische Kompetenzen wie Zuhören, Perspektivwechsel und respektvollen Austausch im Alltag erfahrbar zu machen. Hier begegnen sich Menschen, die sich sonst vermutlich nie kennengelernt hätten, und kommen miteinander ins Gespräch.

Ein weiteres Angebot ist der Buchclub. In regelmäßiger Runde treffen sich Lesebegeisterte zwischen 20 und 80 Jahren in der Bibliothek, um gemeinsam Bücher zu lesen und darüber ins Gespräch zu kommen. Mittlerweile geht dieser Austausch weit über Bücher hinaus. Echte Freundschaften sind entstanden.

Oder auch das Format Sprechen & Zuhören. Das Dialogformat bietet eine Möglichkeit, Gedanken und Gefühle zu teilen. Dabei geht es nicht ums Diskutieren, sondern ums Zuhören und Gehörtwerden. So haben unterschiedliche Perspektiven Platz und das Zuhören wird wieder ein zentraler Ausgangspunkt für Dialog. Das Format wird zusammen mit dem Forum Demokratie Düsseldorf und Mehr Demokratie e. V. durchgeführt.

„Wir sind auf diese Kooperationen angewiesen“, so Schwering. Denn gerade die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Zivilgesellschaft und weiteren Bildungspartnern macht viele dieser Angebote

überhaupt erst möglich. Sie bringt unterschiedliche Perspektiven zusammen und stärkt die Bibliothek als Ort des Lernens, der Begegnung und der demokratischen Teilhabe. Wie wichtig diese Netzwerke für das vielfältige Programm der Bibliothek sind, zeigt ein Blick ins aktuelle Programmheft: Allein die Ausgabe von April bis Juni umfasst knapp 80 Seiten. So verwundert es nicht, dass die Bibliothek die publikumsstärkste Einrichtung der Stadt Düsseldorf ist.

1,4 Millionen Menschen haben 2025 diesen lebendigen und wachsenden Ort besucht. „Das sind doppelt so viele Besucher wie am alten Standort“, zeigt sich Leschner begeistert. „Wenn ich diese Atmosphäre erlebe, denke ich: Wir haben alles richtig gemacht.“ Wer durch das KAP1 geht, merkt schnell: Die Bibliothek ist kein Ort, der sich auf Erreichtem ausruht. „Uns ist es wichtig, die Anliegen und Bedürfnisse unserer Besucher und Besucherinnen ernst zu nehmen und gute Ideen auch umzusetzen“, ergänzt Schwering. So wird es auf vielfachen Wunsch ab Herbst

„Zugänge müssen geschaffen werden.

Das könnte beispielsweise über das Konzept der Open Library gelingen.“

eine Picknickzone geben, in der gegessen, getrunken und gequatscht werden darf. Die „Wiese“ dafür ist auch schon vorbereitet: Im hinteren Teil lädt die grüne Bodengestaltung jetzt schon fast zum Picknicken ein. Große runde Tische sollen das Miteinander und Kennenlernen fördern.

Fragt man die beiden, was sie anderen Kommunen für die Gestaltung ihrer Büchereien und Bibliotheken mit auf den Weg geben würden, müssen sie gar nicht lange überlegen. „Zugänge müssen geschaffen werden. Das könnte beispielsweise über das Konzept der Open Library gelingen“, so Leschner. „Oder einfach mal Bücher rausschmeißen und Platz für Neues schaffen“, ergänzt Schwering. Dabei sind solche Transformationen zwar immer auch eine Frage der verfügbaren Ressourcen, doch entscheidend ist vor allem der konkrete Veränderungs- und Gestaltungswille. Beiden merkt man die Begeisterung über „ihre“ Bibliothek in jedem Satz an. Sie sind überzeugt, dass



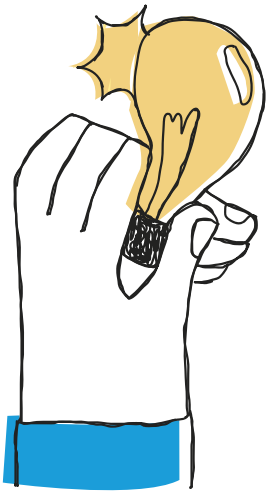
Zwei Gestalter:innen des KAP1: Stephan Schwering, Direktor der Düsseldorfer Stadtbüchereien, und Martina Leschner, Leiterin des KAP1.

Büchereien und Bibliotheken ein großes Potenzial bieten, dritte Orte für alle Bürger:innen zu sein. Dazu braucht es vor allem Veränderung in den Köpfen und Mut zum Machen.

Nach diesen tollen Eindrücken fällt der Abschied ein bisschen schwer. Denn solche Orte wünscht man sich eigentlich überall: Lern- und Begegnungsorte, die uns in der Stadt, auf dem Land, im Quartier wieder zusammenbringen. Die Raum für Engagement und Ideen bieten. Oder auch einfach nur Raum zum Sein.

Weitere Informationen

> [Hier geht es zur Seite der Stadtbüchereien in Düsseldorf](#)



Wie Zusammenarbeit Stadtquartiere verändert

Das Projekt „nordwärts“ in Dortmund zeigt, wie es gelingen kann

Das Projekt „nordwärts“ steht für eine integrierte Stadtentwicklung im Dortmunder Norden und damit auch für neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft. Hier wurden gezielt Räume für Begegnung geschaffen, Beteiligungsprozesse gestärkt und quartiersnahe Ansätze verfolgt. Damit ist „nordwärts“ ein Lernraum für Demokratie, in dem Bürger:innen nicht nur informiert, sondern aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dieser Anspruch erforderte auch innerhalb der Verwaltung neue Formen der Kooperation. Denn um den komplexen Herausforderungen in den Quartieren gerecht zu werden, müssen Fachbereiche wie Soziales, Bildung, städtebauliche Planung und Wirtschaft eng zusammenarbeiten. Wir sprachen mit Dietmar Stahlschmidt, Teamleitung Koordinierungsstelle „nordwärts“.

Das Projekt „nordwärts“ wird als ein Raum für demokratisches Lernen beschrieben, in dem Beteiligung, Begegnung und Mitgestaltung zentral sind. Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht integrierte, dezernatsübergreifende Prozesse innerhalb der Verwaltung dafür, solche Demokratie-Lernräume überhaupt zu ermöglichen?

Demokratische Lernräume entstehen dort, wo Menschen tatsächlich Möglichkeiten erhalten, ihre Lebensumwelt aktiv mitzugestalten und ihre Perspektiven einzubringen. „nordwärts“ hat gezeigt, dass dies nicht allein durch klassische Beteiligungsformate gelingt, sondern eine Verwaltung benötigt, die offen für neue und innovative Formen der Zusammenarbeit ist.

Gerade komplexe Herausforderungen in Quartieren lassen sich nicht aus einer einzelnen fachlichen Perspektive lösen. Themen wie soziale Teilhabe, Bildung, Wohnen, Klimaanpassung, Sicherheit, Mobilität oder wirtschaftliche Entwicklung greifen ineinander. Des-

halb waren dezernats- und fachbereichsübergreifende Arbeitsweisen ein zentraler Erfolgsfaktor.

Die Verwaltung musste dabei lernen, nicht nur aus ihrer jeweiligen Fachlogik heraus zu handeln, sondern gemeinschaftlich und interdisziplinär mit anderen Fachbereichen und mit der Stadtgesellschaft Lösungen zu entwickeln. „nordwärts“ hat hierfür einen Rahmen geschaffen, in dem unterschiedliche Kompetenzen zusammengebracht wurden und in der Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Vereine und Bürgerschaft gemeinsam an Zukunftsthemen gearbeitet haben. Zukunftsthemen waren u. a. soziale Quartiersentwicklung, neue Wohn- und Lebensformen, Klimaresilienz.

Diese Form der Zusammenarbeit stärkt nicht nur die Qualität von Projekten, sondern auch das Verständnis füreinander. Demokratie wird dadurch als gemeinsamer Gestaltungsprozess erfahrbar – innerhalb der Verwaltung ebenso wie im Austausch mit der Stadtgesellschaft.

Im Rahmen des Projekts wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Dezernaten fungiert. Auf der Projektwebsite wird diese als „Spinne im Netz“ beschrieben, die alle Dezernate vernetzt. Wie haben Sie es geschafft, innerhalb der Verwaltung „Räume“ für Begegnung zu schaffen, in denen sich Fachbereiche auf Augenhöhe austauschen, die zuvor kaum Berührungspunkte hatten? Welche drei wichtigen Stellschrauben oder Veränderungen gab es, die sich als Schlüssel für diese interne Vernetzung erwiesen haben?

Die Rolle der Koordinierungsstelle bestand vor allem darin, Verbindungen herzustellen, Prozesse zu begleiten und Menschen zusammenzubringen. Entscheidend war dabei, dass sie nicht als zusätzliche Fachstelle mit eigener Zuständigkeit verstanden wurde, sondern als verbindende und unterstützende Struktur. Sie ist im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates angesiedelt.

Drei zentrale Stellschrauben haben sich besonders bewährt:

Erstens: feste Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Durch regelmäßige Abstimmungen, Projektgruppen und fachbereichsübergreifende Arbeitsformate konnten Informationen geteilt und gemeinsame Ziele entwickelt werden.

Zweitens: eine gemeinsame Prozessbegleitung. Viele Projekte erforderten Moderation, Übersetzung zwischen unterschiedlichen Fachsprachen und Unterstützung bei der Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze. Die Koordinierungsstelle übernahm hier eine wichtige Vermittlungsfunktion.

Drittens: Vertrauen und eine Kultur der Zusammenarbeit. Erfolgreiche Kooperation entsteht nicht allein durch organisatorische Strukturen, sondern durch die Bereitschaft, Wissen zu teilen, Perspektiven anderer Fachbereiche einzubeziehen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Kurzinfo

Laufzeit des Projekts

Das Dekaden-Projekt „nordwärts“ wurde 2015 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossen und lief bis Ende 2025.

Kurzbeschreibung des Projekts

„nordwärts“ war ein integriertes Stadtentwicklungsprojekt mit dem Ziel, gemeinsam mit Bürgerschaft, Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren Partner:innen Potenziale im Dortmunder Norden zu entdecken und nachhaltige Entwicklungsimpulse zu setzen.

Highlight des Projekts

Über 250 innovative Projekte wurden in unterschiedlichen Handlungsfeldern initiiert und umgesetzt. Besonders prägend waren die beteiligungsorientierten Prozesse, die Stärkung von Quartieren und Nachbarschaften sowie die Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft.

Was nehmen wir mit?

Die wichtigste Erkenntnis ist: Zukunft entsteht im Quartier und gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Die Erfahrungen, Methoden und Netzwerke aus „nordwärts“ bilden die Grundlage für die zukünftige gesamtstädtische Arbeit der Koordinierungsstelle im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates.

Die Erfahrungen aus „nordwärts“ zeigen, dass eine agile und interdisziplinäre Arbeitsweise innerhalb einer großen Verwaltung möglich ist, wenn entsprechende Räume geschaffen und dauerhaft gepflegt werden.



Beim Zukunftssymposium 2019 kamen Akteur:innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um gemeinsam Ideen für die Zukunft zu entwickeln.

Fotonachweis: © Stadt Dortmund

„nordwärts“ hat gezeigt, dass gute Stadtentwicklung nicht ausschließlich innerhalb von Verwaltungsstrukturen entsteht. Die Qualität von Entscheidungen steigt, wenn unterschiedliche Perspektiven frühzeitig einbezogen werden.

Durch Beteiligungsprozesse, Workshops, Dialogformate und Projektentwicklungen wurden neue Formen der Zusammenarbeit erprobt. Dabei ging es nicht nur darum, Informationen weiterzugeben, sondern gemeinsam Ideen zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen.

Diese Arbeitsweise hat innerhalb der Verwaltung Impulse gesetzt, stärker vernetzt zu denken und die Expertise verschiedener Fachbereiche frühzeitig einzubeziehen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Beteiligung ein kontinuierlicher Prozess ist und nicht nur ein einzelner Termin.

Die Erfahrungen aus „nordwärts“ fließen deshalb in die zukünftige Arbeit der Koordinierungsstelle ein, die sich dann um die soziale Quartiersentwicklung in Großstadtquartieren kümmert. Ziel ist es, Beteiligung, Kooperation und Wissenstransfer als festen Bestandteil einer modernen Stadtentwicklung weiterzuführen.

Die Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinweg erfordert neue Kompetenzen. Welche Rolle spielten Aspekte der Weiterbildung und des gemeinsamen Lernens für die Mitarbeitenden und gab es gezielte Formate, um diese Fähigkeiten zu stärken?

Gemeinsames Lernen war ein wichtiger Bestandteil von „nordwärts“. Die Mitarbeitenden mussten neue Wege der Zusammenarbeit entwickeln und Erfahrungen mit beteiligungsorientierten, sozialräumlichen und projektbezogenen Arbeitsweisen sammeln.

Neben fachlichem Wissen waren insbesondere Kompetenzen in den Bereichen Moderation, Kommunikation, Netzwerkbildung und Prozessbegleitung wichtig. Die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteur:innen aus Verwaltung und Stadtgesellschaft erforderte neue Formen des Denkens und Handelns.

Verschiedene Fachbereiche (z. B. Soziales, Planung, Wirtschaft) haben oft unterschiedliche Zielsetzungen und Fachsprachen. Was hat funktioniert, um diese unterschiedlichen Sichtweisen produktiv zu nutzen und gemeinsame Lösungen zu finden?

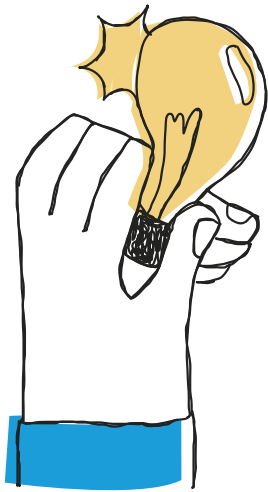
Unterschiedliche Perspektiven waren kein Hindernis, sondern eine wichtige Ressource. Quartiere sind komplexe Lebensräume, in denen soziale, wirtschaftliche, ökologische und städtebauliche Aspekte miteinander verbunden sind.

Wichtig war, eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen vor Ort zu entwickeln. Der Ausgangspunkt war nicht die einzelne Fachzuständigkeit, sondern die Frage: Was braucht das Quartier und was brauchen die Menschen vor Ort?

Hilfreich waren dabei konkrete Projekte und reale Herausforderungen, an denen gemeinsam gearbeitet wurde. Durch den direkten Bezug zu den Quartieren konnten unterschiedliche Fachperspektiven miteinander verbunden werden und nachhaltiger Synergien aufgebaut werden.

Eine weitere wichtige Erfahrung war, dass erfolgreiche Zusammenarbeit Augenhöhe benötigt. Jede Fachdisziplin bringt wichtige Kenntnisse ein. Erst durch die Verbindung dieser unterschiedlichen Kompetenzen entstehen Lösungen, die langfristig tragfähig sind.

Das Projekt „nordwärts“ hat stark auf gemeinsame Planung und Ideenfindung über Abteilungsgrenzen hinweg gesetzt. Inwiefern hat dieser Ansatz dazu beigetragen, eine Kultur zu etablieren, in der Entscheidungen durch breiten fachlichen Dialog und Mitwirkung aller Beteiligten entwickelt werden?



Demokratie lässt sich nicht nur erklären, sie muss erfahrbar werden

Das Demokratiefestival „Wanted: Zukunft“ 2026 in Borken

Text von Simon Schwerhoff (Fachabteilungsleitung Kultur und Tourismus, Stadt Borken) und Dr. Britta Kusch-Arnhold (Leitung FARB-Forum Altes Rathaus Borken und Museum). Mit Hilfe von KI bearbeitet.

Wie lässt sich Demokratie vor Ort neu denken und gemeinsam gestalten? Mit dem Demokratiefestival „Wanted: Zukunft“ hat die Kreisstadt Borken ein innovatives Beteiligungsformat entwickelt, das Bürger:innen, Jugendliche, Politik und Verwaltung miteinander ins Gespräch bringt. Der Beitrag zeigt, wie unterschiedliche Beteiligungsformate demokratische Teilhabe stärken und welche Erfahrungen andere Kommunen daraus mitnehmen können.

Demokratie lässt sich nicht nur erklären, sie muss erfahrbar werden. Genau diesen Ansatz verfolgt die Kreisstadt Borken mit ihrem Demokratiefestival: drei Tage, drei Zielgruppen, drei Methoden – und die Frage, wie eine Stadtgesellschaft heute ins Gespräch kommt, wenn es um Heimat, Zusammenhalt, Konflikte und die Zukunft der Kommune geht. Das Festival war bewusst als Pilotprojekt angelegt und kann für andere Kommunen eine Anregung sein, Demokratieförderung nicht als Einzelveranstaltung, sondern als offenen Prozess zu gestalten.

Über die Jahre 2024 und 2025 hinweg reifte in der Verwaltung der Kreisstadt Borken im Westmünsterland der Gedanke, Demokratieförderung stärker auf die Agenda zu setzen. In Zusammenarbeit mit dem Journalisten Christian Schüle aus Hamburg (u. a. „Die Zeit“, DLF) entstand die Idee: Demokratie als Festival. Nicht als klassisches Event mit Bühnen und Bierwagen, sondern als intensiver demokratischer Prozess. Es sollte um positives Demokratie-Erleben, Austausch und neue Formen politischer Verständigung gehen: sichtbar, erfahrbar, diskutierbar und generationenübergreifend.

Der Zeitpunkt passte: 2025 und 2026 feiert Borken das 800-jährige Jubiläum der Stadtrechte. Das Programm erhielt damit neben den Feierlichkeiten eine politische Dimension: 800 Jahre Gemeinschaft und Gemeinde – und die Frage, wie wir uns heute über das Gemeinsame verständigen und wie demokratisches Miteinander in einer Stadt künftig gestaltet werden kann.

Federführend war der Fachbereich Kultur, Weiterbildung und Städtepartnerschaften mit Museum und Kulturbüro. Bürgermeisterin Mechtild Schulze Hessing setzte das Thema weit oben auf die Agenda und war von Beginn an Mitentwicklerin des Formats. Dass Öffentlichkeit früh gemeinsam mit ihr hergestellt und die Idee in Stadtgesellschaft und Politik getragen wurde, war ein wichtiger Faktor für das Gelingen. Christian Schüle entwickelte im Austausch mit dem Team die drei Festivaltage und brachte fachlich profilierte Akteur:innen aus seinem Netzwerk ein. Im Januar 2026 startete das Festival.

Das Festival: drei Tage, drei Zugänge

In einer dreiteiligen Struktur wurden verschiedene Formate und Methoden erprobt sowie Zielgruppen angesprochen. Die Ansprache unterschied sich bewusst von etablierten Formaten in Borken: Zufallsauswahl, offene Konfliktbearbeitung, Jugendbeteiligung und ein Theaterabend zur politischen Debatte des Jahres 2011 über das Aussetzen der Wehrpflicht.

Tag 1: Bürgerdialog per Zufallsauswahl

Der erste Festivaltag war als Bürgerdialog gestaltet. 2.000 Personen ab 16 Jahren wurden per Zufall über das Einwohnermelderegister ausgewählt und angeschrieben. Das persönliche Schreiben im Namen der Bürgermeisterin lud unter den offenen Fragen „Was macht Borken für mich zur Heimat? Und was fehlt mir in meiner Heimat Borken?“ dazu ein, mitzudenken und mitzudiskutieren.

In Borken diskutierte eine Gruppe von schlussendlich etwa 150 Teilnehmenden in der Stadthalle Vennehof unter Anleitung von Claudine Nierth und Roman Huber von Mehr Demokratie e. V. In Vierergruppen ging es um die Fragen: Was gefällt an Borken? Welche Themen beschäftigen die Menschen? Wo sehen sie Potenzial? Die Ergebnisse wurden gesammelt, dokumentiert und schon kurze Zeit später online veröffentlicht.

Tag 2: Deep Democracy und Theater

Der zweite Tag im Februar stellte die Methode Deep Democracy in den Mittelpunkt. Sie hilft, Konflikte und Fragestellungen mit unterschiedlichen Interessen zu bearbeiten. Im Fokus stehen verschiedene Sichtweisen, auch wenn sie emotional oder konflikthaft vorgebracht werden. Ziel ist es, Verständigung so zu gestalten, dass möglichst jede Stimme gehört wird.

Das Workshop-Format hatte in Borken rund 45 Teilnehmende aus der Stadt Borken. Unter Anleitung der Deep Democracy-Expertinnen Annika Kulich und Luisa Wolke diskutierten sie zentrale Themen und stellten ihre Ergebnisse anschließend der Bürgermeisterin vor. Die Anmeldung stand allen Personen offen.



Bürgermeisterin Mechtild Schulze Hessing im Gespräch mit Christian Schüle.

Fotonachweis: © mediamieze

Ebenfalls Teil des zweiten Tages war die Premiere und Schulvorstellung des Theaterstücks „Faktor X: Demokratie“, einer Auftragsarbeit der Stadt Borken mit dem Theaterkollektiv „Focus on the good“. Das Publikum wird Teil des Geschehens, sitzt in Fraktionen und erlebt Argumente, Beschlüsse und Verantwortung aus nächster Nähe. Ausgangspunkt ist die Bundestagsdebatte über das Aussetzen der Wehrpflicht im Jahr 2011 – ein Thema, das heute gerade für junge Menschen wieder aktuell ist. Die Debatte wird mit den Mitteln des Theaters auf die Bühne übertragen: nicht als politische Stellungnahme, sondern als Untersuchung demokratischer Formen. Einblicke in die Geschichte der deutschen Demokratie begleiten die Vorstellung. Das Stück eignet sich sehr gut für politische Bildungsarbeit und kann aktuell noch gebucht werden.

Tag 3: Bauwerkstatt und Hackathon für junge Menschen

Der dritte Tag im März richtete sich ausschließlich an Schüler:innen. Grundlage war eine Umfrage an Grund- und weiterführenden Schulen. Sie wurde an alle Schulen versandt, konnte mithilfe eines Ablaufplans in den Unterricht integriert werden und war über Tablets und Handys ausspielbar. So wurde eine hohe Beteiligung erreicht.



Eine Szene aus dem Theaterstück „Faktor X: Demokratie“
Fotonachweis: © Ole-Kristian Heyer

Der Vormittag stand unter der Überschrift „Bauwerkstatt“. Mehr als 100 Schüler:innen entwickelten Ideen für Borken im Miniaturformat. Die Vorschläge reichten von einem übergroßen Aquarium über Parks und Treffpunkte bis zu offenen Gemeinschaftsflächen für alle Menschen.

Etwa 40 Schüler:innen der Oberstufen nahmen am selben Tag am „Hackathon“ teil. Nach einer Einführung mit Anke Leitzgen (tinkerbrain GmbH), Moderatorin und Entwicklerin des dritten Tages, sowie Bürgermeisterin Schulze Helsing arbeiteten die Jugendlichen an den Themen Mobilität, Kommunikation und Räume für Jugendliche. Unterstützt von zwei Designer:innen sowie KI-Tools entstanden erste Testversionen einer „Borken-App“, zwei Varianten eines Jugendraums, Vorschläge zur besseren Kommunikation eines Sammeltaxi-Dienstes sowie die Idee für einen Jugendkanal auf TikTok und Instagram. Auffällig war die hohe Detailschärfe: Die Jugendlichen dachten Atmosphäre, Sicherheit, Zugangssysteme und inhaltliche Themen (etwa bei der App) mit. Alle Projekte wurden als Projektbeschreibungen festgehalten und im Mai 2026 dem zuständigen Ausschuss der Politik präsentiert.

Wirkung und Ergebnisse

Die drei Veranstaltungen erreichten unterschiedliche Zielgruppen. Besonders am ersten Tag zeigte sich im persönlichen Austausch eine große Übereinstimmung bei der positiven Einschätzung Borkens. Die Fülle an Material aus dem ersten und dritten Festivaltag bietet Verwaltung und Politik zahlreiche Ansatzpunkte. Als Stärke wurde vor allem das soziale Miteinander benannt. Entwicklungspotenzial sahen

viele Teilnehmende insbesondere in der Kommunikation, vor allem mit Jugendlichen.

Bundespolitisch prägende Themen spielten nur am Rand eine Rolle. Häufiger standen klassische kommunale Themen im Fokus, wie etwa Verkehr, Radverkehr oder ÖPNV. Auch die Wünsche junger Menschen nach guter Ansprache, verlässlicher Information und eigenen Räumen decken sich mit Ergebnissen anderer Jugendbefragungen. Zugleich zeigte sich, dass diese Themen aufgrund der sich schnell wandelnden Zielgruppe nicht immer einfach zu bearbeiten sind.

Wie jede Bürgerbeteiligung fußte auch das Demokratiefestival auf der Erwartung, dass Ergebnisse weiterbearbeitet werden. „Es ernst nehmen und es ernst meinen!“ lautete ein zentraler Satz der Abschlusspräsentation im Kulturausschuss. Weil lange Verwaltungsprozesse gerade für junge Menschen schwer auszuhalten sind, wurden die Teilnehmenden des dritten Tages wenige Wochen später in den Kulturausschuss eingeladen, um ihre Ideen selbst vorzutragen. Diese Wertschätzung ist ein wesentliches Ergebnis und wird als Investition in die Zukunft verstanden.

Der Abschluss des Festivals ist für Herbst 2026 geplant und derzeit in der Entwicklung. Er soll die Impulse aus den Festivaltagen bündeln und in verschiedenen Qualifizierungsstufen in die Politische Beratung einspeisen. Andere Themen wie etwa das Querschnittsthema „Kommunikation“ sind bereits in der Verwaltung weiterbearbeitet worden und führen zu konkreten Projekten.

Learnings für andere Kommunen

Eine breite und transparente Kommunikation über städtische Website, Presse und Stadtrat war von Beginn an unerlässlich. Ebenso wichtig war die Unterstützung durch Verwaltungsvorstand und Politik. Dazu gehört auch, Teilnehmende nach den einzelnen Tagen weiter mitzunehmen, etwa über Mailkontakte.



Sehen Sie sich hier unser Learning-Nugget zum Thema „Deep Democracy“ an.

Eine prägnante Webadresse (borken.de/demokratiefestival) macht Ergebnisse sichtbar und dokumentiert den Fortschritt.

Für das Festivalteam aus der Kulturverwaltung bleibt der Satz „Es ernst nehmen und ernst meinen“ der wichtigste Grundsatz. Ansprechbar sein, Kommunizieren und Zugänge öffnen sind zentrale Aufgaben. Entscheidend war außerdem, das Format abseits der üblichen Pfade zu denken und Zielgruppen anders anzusprechen. So kann öffentliche Verwaltung zeigen, dass sie einen offenen, demokratischen Austausch über die eigene Stadt wirklich leben will. Verwaltung und staatliche Institutionen können so weniger starr, dafür nahbarer und dialogorientierter wirken.

Neben dem Arbeitsaufwand für Konzeption, Kommunikation und Durchführung sollte früh geklärt werden, wie Impulse aus der Bürgerschaft weiterverarbeitet werden. Einzelne individuelle Interessen lassen sich bei Beteiligungsprojekten fast nie berücksichtigen; das sollte klar kommuniziert werden. Derzeit wird der bereits angesprochene Abschlusstermin für das Demokratieformat erarbeitet. Spätestens wenn es an die Umsetzung von Impulsen geht, kommen weitere Fachbereiche und Personen abseits der Kulturabteilung mit ins Boot.

Oft zeigte sich auch, dass Themen bereits von der Verwaltung bearbeitet werden oder bereits Angebote bestehen – diese aber zu wenig bekannt sind. Und gerade darin liegt aber eine wichtige Stärke des Formats: Es öffnet Räume, macht Stimmen hörbar und schafft einen verbindlichen Anfang für weitere gemeinsame Arbeit.

Praxisimpulse für das kommunale Bildungsmanagement

Demokratiebildung ist eine kommunale Querschnittsaufgabe. Kommunales Bildungsmanagement kann dazu beitragen, unterschiedliche Fachbereiche sowie Bildungs- und Beteiligungsakteure zu vernetzen, gemeinsame Ziele zu entwickeln und Beteiligungsergebnisse in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Das Demokratiefestival in Borken zeigt, welche Erfolgsfaktoren dabei hilfreich sein können:

- **Rückhalt sichern:** Die Unterstützung durch Verwaltungsspitze und Politik schafft Akzeptanz, erleichtert die Zusammenarbeit über Fachbereichsgrenzen hinweg und erhöht die Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen.
- **Kooperationen nutzen:** Externe Expertise aus Moderation, Wissenschaft oder politischer Bildung bringt neue Perspektiven und bewährte Methoden in kommunale Prozesse ein.
- **Ressortübergreifend zusammenarbeiten:** Demokratiebildung gelingt besonders dann, wenn Kultur, Bildung, Jugend, Verwaltung und Zivilgesellschaft ihre Kompetenzen bündeln.
- **Beteiligung ernst nehmen:** Beteiligung schafft Vertrauen, wenn Ergebnisse transparent kommuniziert, weiterverfolgt und in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Weitere Infos & Kontakt

Theaterstück „Faktor X: Demokratie“

Sina Ebell: sinebell@googlemail.com

Demokratiefestival

Simon Schwerhoff (Fachabteilungsleitung Kultur und Tourismus, Stadt Borken):
Simon.Schwerhoff@borken.de

Dr. Britta Kusch-Arnhold (Leitung FARB und Museum): Britta.Kusch-Arnhold@borken.de

Das Festival zum Nachlesen

> www.borken.de/demokratiefestival



Aus einer Idee wird Gemeinschaft

Das Elterncafé im FGZ Hochfelder Markt in Duisburg

Das Elterncafé am Familiengrundschulzentrum (FGZ) Hochfelder Markt in Duisburg ist seit 2017 ein offener Treffpunkt für Familien im Stadtteil. Jeden Donnerstag kommen Eltern zusammen, um sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und eigene Ideen einzubringen. Was einst als Begegnungsangebot der Schule begann, wird heute von den Eltern selbst mitgestaltet und lebt von Offenheit, Vielfalt und gemeinschaftlichem Engagement. Im Interview spricht Robin Simon (Leiter des Familiengrundschulzentrums Gemeinschaftsgrundschule Hochfelder Markt) darüber, was das Elterncafé so besonders macht.

Das Elterncafé besteht inzwischen seit mehreren Jahren. Wie ist die Idee entstanden und wie hat sich das Angebot entwickelt?

Die ursprüngliche Idee kam tatsächlich von der Schulleitung. Sie hat einen Rahmen geschaffen, in dem Begegnung möglich wurde. Entscheidend war dann aber, was daraus entstanden ist: Die Eltern haben dieses Angebot angenommen, sich wohlfühlt und angefangen, es mit Leben zu füllen. Aus dem Gefühl: „Hier bin ich gern, hier möchte ich mich einbringen“ ist der Wunsch entstanden, selbst aktiv zu werden. So hat sich das Elterncafé nach und nach aus der Elternschaft heraus entwickelt.

Was macht das Elterncafé zu einem Ort, an dem sich Familien unterschiedlicher Herkunft willkommen fühlen?

Das Besondere ist, dass das Café von den Eltern selbst getragen wird. Es ist kein von außen vorgegebenes Angebot, sondern etwas, das aus der Gemeinschaft heraus gewachsen ist. Dadurch entsteht eine sehr offene und ehrliche Atmosphäre. Viele spüren schnell: Hier geht es nicht um Bewertung, sondern um Austausch. Und genau das sorgt dafür, dass sich Familien

unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren Erfahrungen willkommen fühlen.

Wie erleben Sie die Atmosphäre an einem typischen Donnerstagsmorgen im Elterncafé? Worüber wird gesprochen, was bewegt die Eltern?

Ein typischer Morgen ist lebendig und gleichzeitig sehr vertraut. Die Eltern kommen zusammen und während des Kaffeetrinkens entstehen Gespräche. Es geht oft um Familie, um ganz persönliche Themen, aber auch um Fragen rund um Schule oder das soziale Miteinander. Gleichzeitig entstehen aus diesen Gesprächen immer wieder neue Ideen – ganz konkret, wie zum Beispiel ein Nähkurs für Mütter oder andere Angebote. Das Café ist also nicht nur ein Ort des Austauschs, sondern auch ein Ort, an dem Neues entsteht.

Oft braucht es vielleicht nur einen kleinen Anstoß und die Gelegenheit, um zu merken, dass das eigene Engagement zählt. Wo sehen Sie im Café diese Momente, in denen Eltern entdecken: „Ich kann hier etwas bewegen“, und was verändert sich dadurch?

Diese Momente entstehen immer dann, wenn Ideen von Eltern aufgegriffen und wirklich umgesetzt wer-

den. Wenn jemand merkt: „Das, was ich einbringe, hat Wirkung“, verändert das etwas. Die Eltern werden aktiver, selbstbewusster und bringen sich stärker ein. Man spürt, dass sie zufriedener sind und sich mehr als Teil der Gemeinschaft erleben – nicht nur im Café, sondern auch im gesamten Schulalltag.

Im Elterncafé treffen ganz unterschiedliche Lebenswelten aufeinander. Wie funktioniert das und wie entstehen durch diese Vielfalt vielleicht auch neue Sichtweisen und Ideen?

Ich glaube, ein wichtiger Grund ist die Haltung im Stadtteil. Viele Menschen sind sehr bodenständig und bringen viel Verständnis füreinander mit. Dadurch funktioniert Kommunikation oft erstaunlich gut, auch wenn die Hintergründe unterschiedlich sind. Genau diese Vielfalt führt dazu, dass neue Perspektiven entstehen. Man bekommt Einblicke in andere Lebensrealitäten – und daraus entwickeln sich oft neue Ideen und ein erweitertes Verständnis füreinander.

Welche eine Erfahrung aus der Arbeit im Café hat Sie am meisten darin bestärkt, dass genau solche Orte der Begegnung das Fundament für ein gutes Miteinander im Stadtteil sind?

Für mich ist es vor allem die Erfahrung, den Eltern mehr Vertrauen entgegenzubringen. Zu sehen, wie sie eigene Ideen entwickeln und Dinge selbstständig umsetzen, hat meinen Blick verändert. Die Eltern werden aktiver, offener und engagierter – nicht nur im Café, sondern auch im Schulalltag insgesamt. Genau das zeigt mir, wie wichtig solche Orte sind: Sie stärken Menschen und schaffen echte Verbindung im Stadtteil.



Neben dem Elterncafé gibt es noch zahlreiche andere Begegnungs- und Mitmachangebote.
Fotonachweis: © FGZ Hochfelder Markt in Duisburg

„Wenn wir genau hinsehen, gibt es kaum eine Gesprächssituation, in der wir Konfliktfähigkeit nicht benötigen“

Wo Menschen einander begegnen, treffen auch unterschiedliche Interessen, Erfahrungen und Sichtweisen aufeinander. Demokratie lebt davon, solche Unterschiede sichtbar zu machen, auszuhalten und konstruktiv zu bearbeiten. Konflikte sind deshalb kein Störfaktor oder Sonderfall demokratischen Zusammenlebens, sondern ein normaler und notwendiger Bestandteil. Für Demokratiebildung stellt sich damit die Frage, wie Menschen befähigt werden können, mit Konflikten konstruktiv umzugehen. Das ist auch für kommunale Bildungslandschaften relevant: In Schule, Jugendhilfe und Verwaltung, in Netzwerken und bei Beteiligungsprozessen entstehen immer wieder Situationen, in denen unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen. Über die Bedeutung von Konfliktfähigkeit haben wir mit André Moser, Bildungsmanager für Demokratiekompetenz bei der Heinrich Böll Stiftung NRW, gesprochen.

Herr Moser, welche Rolle spielt Konfliktfähigkeit aus Ihrer Sicht für Demokratiebildung?

Für mich ist „Konfliktfähigkeit“ eine essenzielle Grundlage für eine lebendige, vielfältige Demokratie. Die Stärkung der persönlichen Konfliktfähigkeit sollte daher auch ein wesentlicher Bestandteil von Demokratiebildung sein. Wichtig sind dabei drei Prozesse, die unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen benötigen:

Ein erster Schritt ist das Erkennen von Konflikten, der jeweiligen Standpunkte und der Bedürfnisse aller Beteiligten. Im Alltag passiert es sehr oft, dass Konflikte gar nicht richtig wahrgenommen oder in ihrer Schwere zumindest unterschiedlich bewertet werden. Um Konflikte zu erkennen, brauchen wir vor allem Neugierde, Offenheit oder Empathie gegen-

über anderen Menschen und sollten demokratische Grundwerte wie das gleiche Recht auf freie Entfaltung aller Beteiligten einhalten. Unser Grundgesetz hat diese fundamentale Erkenntnis direkt im ersten Satz zusammengefasst: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Daher sollte dieser auch der Ausgangspunkt aller Demokratiebildung sein.

Zweitens müssen Konflikte angesprochen werden. Wenn wir einen Konflikt erkannt haben, benötigen wir auch den Willen, das Thema so in der Gruppe anzusprechen, dass er von allen Beteiligten als solcher gesehen wird und sich im Idealfall durch das Aussprechen niemand aus der Gruppe dem Konflikt entzieht. Das braucht nicht nur kommunikative Kompetenzen, sondern auch Mut und Selbstvertrauen – in bestimmten Situationen sogar eine große Zivilcourage. Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns als Bürger:innen



André Moser im Gespräch mit der REAB NRW.
Fotonachweis: Veronika Jellen/Heinrich Böll Stiftung NRW,
CC BY-NC-ND 4.0

nicht nur ab und zu mit ihr beschäftigen, sondern uns alle aktiv einbringen. Demokratiebildung muss genau diesen Mut fördern, denn sonst verlernen wir, kleine wie große Konflikte miteinander zu besprechen.

Und dann geht es um das Gestalten von oder zumindest das Beitragen zu demokratischen Lösungsprozessen. Das Erkennen und Benennen von Konflikten ist wichtig. Wirklich gestärkt wird die Demokratie aber nur, wenn wir auch versuchen, einen Konflikt so demokratisch wie möglich zu lösen. Hier ist Demokratiebildung elementar, denn ohne das Wissen, welche Möglichkeiten es im Rahmen von demokratischen Entscheidungsprozessen gibt und was ich als Person dazu beitragen kann, damit wir miteinander demokratisch(er) umgehen, wird es sehr schwierig. Es verlangt aber neben dem Wissen über Möglichkeiten (z. B. Konsens- oder Konsentbildung, Kom-

Zur Person

André Moser ist seit 2011 Bildungsmanager der Heinrich Böll Stiftung NRW und dort zuständig für den Bereich Demokratiekompetenz und die Vermittlung demokratischer Grundlagen. Seine Erfahrungen aus Ehrenamt, Studium und Beruf bilden die Grundlage für seine Leidenschaft, Menschen für die Demokratie zu begeistern. Dafür hat er verschiedene Fortbildungen abgeschlossen und ist unter anderem zertifizierter Trainer für die Programme „Bet-zavta“ und „Demokratie-Fitness“.

promissfindung oder Mehrheitsentscheid) und den praktischen Fähigkeiten vor allem auch den Willen, sich in so einen Prozess zu begeben und ihn nicht einfach schnell abzuräumen, weil z. B. gerade die Zeit fehlt.

An dieser Stelle muss Demokratiebildung ansetzen und gezielt „Demokratiekompetenzen“ aufbauen. Damit meine ich vor allem die Verknüpfung von theoretischem Wissen, praktischem Können und der

Stärkung einer demokratischen Grundhaltung.

Woran zeigt sich Konfliktfähigkeit im Alltag, zum Beispiel in Bildungs- oder Begegnungssituationen?

Wenn wir genau hinsehen, gibt es kaum eine Gesprächssituation, in der wir Konfliktfähigkeit nicht benötigen. Bei jedem Gespräch, ob morgens in der Familie, bei der Arbeit, im Ehrenamt oder in der Freizeit bei Diskussionen mit Freund:innen und Bekannten, entscheiden wir uns, wie wir in diesen Situationen handeln: Versuchen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse zu erkennen, oder versuchen wir einfach nur unsere Interessen durchzudrücken? Sind wir wirklich an der anderen Seite interessiert oder wollen wir einfach nur schnell das Thema abräumen?

Wie kann Konfliktfähigkeit gelernt oder gestärkt werden und was braucht es dafür?

Die gute Nachricht vorab: Da es kaum konfliktfreie Gespräche gibt, trainieren wir täglich mehrfach und oft unbewusst unsere Konfliktfähigkeit. Allerdings besteht die Gefahr, dass der demokratische Lösungsaspekt eher nicht mittrainiert wird, da es leider sehr wenig Orte und Situationen gibt, in denen wir uns bewusst mit dieser Thematik auseinandersetzen. Demokratiebildung kann genau hier ansetzen, indem sie nicht nur bei der Wissensvermittlung an der Lebensrealität der Teilnehmenden ansetzt, sondern auch gleich Räume schafft, in denen die Teilnehmenden ihre Kompetenzen und Fähigkeiten praktisch üben können.

Als letztes sollte Demokratiebildung auch Diskussions- oder Konflikträume schaffen, indem die Teilnehmenden kritisch – aber vor allem selbstkritisch – miteinander Demokratie erleben können, sei es durch das gemeinsame Diskutieren von aktuellen Themen oder von Grundsatzfragen. Demokratiebildung ist aus meiner Sicht erst dann gelungen, wenn die Teilnehmenden Demokratie als etwas sehr Lebendiges und vor allem von ihnen selbst Gelebtes empfinden.

Demokratiebildung sollte also vor allem Erfahrungen der Selbstwirksamkeit bieten. Es gibt hierfür schon lange etablierte Konzepte wie die Demokratievermittlungsmethode „Betzavta“ oder das neuere Konzept „Demokratie-Fitness“, das 2017 in Dänemark

erfunden wurde und seit 2024 auch in Deutschland angeboten wird.

Und wie funktioniert das ganz konkret?

Bei Demokratie-Fitness wird z.B. direkt beim eigenen Verhalten angesetzt – u. a. beim Muskel „Meinungsverschiedenheit/Streit“. Wir üben in kurzer Zeit, bei einer Meinungsverschiedenheit bewusst nicht von der eigenen Meinung abzuweichen, sondern diese Unterschiedlichkeit auszuhalten. Dazu wird zuerst ein Thema gesucht, das die Gruppe im Idealfall im Verhältnis 50:50 polarisiert. Dann werden 2er-Paare aus jeweils einer Person von jeder Seite gebildet, die in Runde 1 abwechselnd nur sagen dürfen: „Ich bin für/gegen XY, weil...“. Diese Meinungsverschiedenheit bewusst auszuhalten, sich nicht sofort einschüchtern zu lassen oder sofort auf die andere Seite zuzugehen, ist eine ebenso wichtige Eigenschaft wie Kompromissfähigkeit. Und dies wird in Runde 2 gesteigert, indem nun auf die Argumente der anderen Seite eingegangen werden darf. Beide Runden dauern nur wenige Minuten und zeigen den Teilnehmenden, wie sie ihre eigene Selbstwirksamkeit auch in schwierigen Gesprächssituationen steigern können. Selbstverständlich üben wir auch, wie wir aus Meinungsverschiedenheiten auch wieder aussteigen können, ohne inhaltlich zustimmen zu müssen. Dazu sollen die Teilnehmenden eine Sache finden, die die andere Seite in diesen zwei Runden gut gemacht hat, und dies als Dank bzw. Kompliment formulieren. Wichtig ist, dass es um eine konkrete Handlung und nicht um etwas Abstraktes wie das Aussehen geht. Mit dieser einfachen Übung kann in kurzer Zeit ein wichtiger Teil der eigenen Konfliktfähigkeit trainiert werden.

Die besten Konzepte nützen aber nichts, wenn solche Lernräume als ein „nice to have“ angesehen werden. Das Lernen von Konfliktfähigkeit ist nichts, das in die Demokratiebildung ausgelagert werden sollte, sondern es ist für uns eine so notwendige Grundlage wie die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben.

Konfliktfähigkeit lernen?

Ansätze im Vergleich

Es gibt zahlreiche Ansätze, die Menschen darin unterstützen sollen, ihre Konfliktfähigkeit zu stärken. Sie eröffnen Räume für Reflexion, Perspektivwechsel und das Erlernen demokratischer Aushandlungsprozesse. Zugleich kann eine vorwiegend pädagogische Perspektive dazu verleiten, gesellschaftliche Konflikte vor allem als kommunikativ oder pädagogisch lösbare Probleme zu verstehen. Gesellschaftliche Konflikte beruhen jedoch häufig auf unterschiedlichen Interessen, ungleichen Machtverhältnissen oder politischen Grundsatzen, die sich nicht allein durch Verständigung auflösen lassen. Wo solche Spannungen fortbestehen, braucht es demokratische Verfahren, die verbindliche Entscheidungen ermöglichen.

Konfliktfähigkeit bedeutet daher, mit diesen Spannungen konstruktiv umgehen zu können, ohne sie vor schnell in Konsens zu überführen. Sie ersetzt politische Entscheidungen nicht, sondern unterstützt einen reflektierten und demokratischen Umgang mit Konflikten. Vor diesem Hintergrund versteht die vorliegende Übersicht die drei beispielhaft ausgewählten Ansätze nicht als Rezepte zur Konfliktlösung. Vielmehr zeigt sie auf, welche Potenziale sie für demokratische Bildungsprozesse in kommunalen Bildungslandschaften haben und was bei ihrem Einsatz zu beachten ist.

Betzavta

... ist ein erfahrungsorientierter Ansatz der Demokratiebildung, der in den 1980er Jahren am ADAM-Institut in Jerusalem entwickelt wurde. Demokratie wird dabei nicht nur als politisches System, sondern als alltägliche soziale Praxis verstanden. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Menschen in Gruppensituationen mit unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Positionen umgehen können, ohne die Rechte anderer einzuschränken.



Stärken des Ansatzes: demokratische Dilemmata zwischen gleichberechtigten Rechten und Interessen werden erfahrbar; Spannungen zwischen Freiheit, Gleichheit und Teilhabe sowie Macht- und Gruppendynamiken werden sichtbar; eigene Haltungen und Widersprüche werden reflektiert; der Blick verschiebt sich von „richtig/falsch“ hin zu den Folgen von Entscheidungen für unterschiedliche Beteiligte.



Zu beachten: hohe Anforderungen an die Gruppe, daher nur bedingt geeignet für stark polarisierte Gruppen ohne Vertrauensbasis; erfordert erfahrene Moderation mit Blick für gruppendynamische Prozesse; es besteht die Gefahr, in vertraute Konfliktmuster wie Kompromiss oder Verzicht zurückzufallen.

Interessant für Kommunen, weil ...



- Fragen von Teilhabe, Mehrheit und Minderheit erfahrbar werden.
- demokratische Dilemmata sichtbar gemacht werden, die auch in Beteiligungsprozessen auftreten können.
- der Ansatz dazu anregt, über neue Lösungen jenseits einfacher Kompromisse nachzudenken.



Zum Weiterlesen: www.vielfalt-mediathek.de

Planspiele

... sind simulationsbasierte Lernformate, in denen gesellschaftliche oder politische Konflikte anhand konkreter Szenarien nachgestellt werden. Durch die Übernahme unterschiedlicher Rollen setzen sich die Teilnehmenden mit Interessengegensätzen, Zielkonflikten und Aushandlungsprozessen auseinander.



Stärken des Ansatzes: unterschiedliche Interessen und Perspektiven werden erfahrbar; demokratische Entscheidungsprozesse und ihre Komplexität werden deutlich; Aushandlungs- und Kompromissprozesse werden erlebbar; Verständnis für Zwänge und Handlungsspielräume verschiedener Akteur:innen entsteht; ermöglicht die Auseinandersetzung mit kontroversen Themen ohne eigene Betroffenheit.



Zu beachten: reale Konflikte und Machtverhältnisse werden vereinfacht dargestellt; der Lernerfolg hängt stark von der Auswertung und Reflexion ab; die simulierte Situation kann dazu führen, dass Konflikte kontrollierbarer und lösbarer erscheinen, als sie in der Realität sind.

Interessant für Kommunen, weil:



- die Logik kommunalpolitischer Konflikte nachvollziehbar wird, ohne dass die Teilnehmenden unmittelbar selbst Konfliktpartei sein müssen.
- kommunale Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse simuliert und reflektiert werden können.
- unterschiedliche Perspektiven auf lokale Konflikte sichtbar gemacht werden können.



Zum Weiterlesen: www.bpb.de

Demokratie-Fitness

... wurde 2017 in Dänemark entwickelt. Kern des Programms sind 10 unterschiedliche „Muskeln“, die jeweils eine in der Demokratie benötigte Grundfertigkeit vermitteln. Jede Einheit dauert maximal 30 Minuten und verknüpft Bewegung mit praktischem Ausführen und Selbstreflexion.



Stärken des Ansatzes: eigene demokratische Reaktionen und Kompetenzen werden trainiert und reflektiert; die kurzen Einheiten sind flexibel einsetzbar und barrierearm; für Gruppen jeder Größe geeignet; geringer Materialaufwand; ortunabhängiger Einsatz möglich.



Zu beachten: der konstruktive Umgang mit Konflikten wird auf individuelle Haltungen und Kommunikationsweisen bezogen, während gesellschaftliche Machtverhältnisse und strukturelle Ursachen von Konflikten weniger im Blick sind; Wirkung hängt stark von Bereitschaft zur Selbstreflexion ab; kann normativ (im Sinne eines „richtigen“ Verhaltens) wirken.

Für Kommunen interessant, weil:



- niedrigschwellige Einstiege in Demokratiebildung und Konfliktreflexion möglich sind.
- der Ansatz gut in Fortbildungs- und Qualifizierungsformate integrierbar ist, aber auch im Kontext größerer Formate wie Bildungskonferenzen oder Festivals eingesetzt werden kann.
- demokratische Kultur als alltägliche Praxis in Organisationen und Netzwerken trainiert werden kann.



Zum Weiterlesen: www.politische-bildung.nrw

Wenn professionelles Verwaltungshandeln auf demokratische Haltung trifft

Wie Kommunalverwaltungen Demokratie aktiv gestalten – und was Bochum daraus macht

Ein Beitrag von Sascha Kiseier, Referent für strategische Veränderungsprojekte und Führungsentwicklung der Stadt Bochum.

Die Gestaltung von Begegnung beschränkt sich nicht auf den öffentlichen Raum oder den Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Auch innerhalb kommunaler Verwaltungen eröffnen Begegnungen Möglichkeiten, unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen, Vertrauen aufzubauen und ein gemeinsames Verständnis demokratischer Verantwortung zu entwickeln. Das Beispiel der Stadt Bochum verdeutlicht, wie eine Kommune gezielt Räume für Reflexion, Austausch und Zusammenarbeit schafft und diese Begegnungen als Bestandteil ihrer Organisationsentwicklung bewusst gestaltet, um demokratische Werte im Verwaltungshandeln aufzugreifen und gemeinsam zu reflektieren.

Verwaltung mit Auftrag und Haltung: Warum Demokratie genau hier beginnt

Was bedeutet es eigentlich, heute in einer öffentlichen Verwaltung zu arbeiten – in einer Zeit, in der demokratische Werte zunehmend unter Druck geraten?

Verwaltung ist weit mehr als die Umsetzung von Gesetzen und die Bearbeitung von Anliegen. Sie ist Teil des Staates – und gestaltet das Zusammenleben vor Ort aktiv mit. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung: Verwaltungshandeln gründet auf den Werten des Grundgesetzes – Menschenwürde, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Diese Werte sind jedoch nicht nur rechtlicher Rahmen. Sie müssen im Alltag gelebt und verstanden werden. Denn demokratische Haltung zeigt sich nicht allein in Entscheidungen, sondern auch im Mit-

einander: im Umgang mit Vielfalt, im Aushalten von Konflikten und im offenen Austausch.

Gerade im strukturierten Verwaltungsalltag entstehen solche Reflexionsräume jedoch nicht von selbst. Sie müssen bewusst geschaffen werden.

Neutralität heißt nicht Gleichgültigkeit: Demokratische Prinzipien im Alltag verankern

Die Herausforderung ist klar: Verwaltung muss demokratische Werte sichtbar machen und vorleben – ohne parteipolitisch zu agieren.

Ein genauer Blick auf das häufig bemühte Neutralitätsgebot zeigt: Es bedeutet nicht, dass Verwaltung wertfrei sein muss. Vielmehr orientiert sich ihr Handeln an den Grundrechten, am Demokratiegebot und an der Verpflichtung zu sachlicher, fairer Auseinandersetzung.



Zum Autor

Sascha Kiseier ist Referent für strategische Veränderungsprojekte und Führungsentwicklung im Referat des Oberbürgermeisters für gesamtstädtische Angelegenheiten der Stadt Bochum. Er begleitet organisationsweite Veränderungsprozesse und engagiert sich für eine demokratische und werteorientierte Verwaltungskultur.

Leitbilder oder Beschlüsse reichen dafür oft nicht aus. Sie setzen zwar einen Rahmen, bleiben jedoch häufig abstrakt. Dadurch entfalten sie allein nur begrenzt Wirkung im Arbeitsalltag und regen Mitarbeitende kaum dazu an, ihre eigene Rolle im demokratischen Gefüge zu reflektieren.

Erst wenn demokratische Prinzipien konkret erfahrbar werden, entsteht ein gemeinsames Verständnis: Was heißt es eigentlich, demokratisch zu handeln – in meiner Rolle, in meinem Team, in meiner Organisation?

Bochum als Beispiel: „Verwaltung mit Haltung“ als breiter Ansatz

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Bochum 2025 die Initiative „Verwaltung mit Haltung“ (VmH) gestartet. Sie ist das Ergebnis eines längeren, intensiven Prozesses. Sie entstand vor dem Hintergrund zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen in der Gesellschaft. Die Stadtverwaltung reagierte darauf. Ziel ist es, demokratische Werte nicht nur formal zu verankern, sondern sie im Verwaltungshandeln und im Miteinander erlebbar zu machen.

Zentraler Meilenstein war die sogenannte „Klassenfahrt Demokratie“ – eine Klausur der Führungskräfte aus dem Dezernat IV (Bildung, Integration, Kultur und Sport) der Stadt Bochum im November 2024. Aus dieser intensiven Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und vielen weiteren gesamtstädtischen Dialogen entstand als weiterer Meilenstein ein Verwaltungsvorstandsbeschluss am 4. März 2025, der das Bekenntnis der Stadtverwaltung zu den Grundwerten unserer Demokratie bekräftigt. Ein klares Zeichen nach innen und außen, das die Haltung der Stadt Bochum verdeutlicht: die Verpflichtung, dem Grundgesetz aktiv nachzugehen, sich damit zu befassen und dies auch aktiv zu unterstützen.

Haltung wird nicht nur eingefordert, sondern aktiv ermöglicht. Führungskräfte werden ermutigt, das Thema aufzugreifen und gemeinsam mit den Beschäftigten umzusetzen. Als Best Practice werden diese Aktivitäten als sogenannte „Demokratie-Impulse“ – dem dritten Meilenstein – in der gesamten Organisation bekannt gemacht und zur Nachahmung empfohlen. Die Verwaltung schafft damit Räume für Reflexion, Begegnung, Austausch und kreative Auseinandersetzung – fernab vom Alltagsgeschäft.

Die Grundidee: Verwaltung mit Haltung ist kein zentrales Programm mit starren Formaten, sondern lebt von den dezentralen, vielfältigen Zugängen in den Fachbereichen selbst. Jedes Dezernat entwickelt so eigene Impulse – passend zum jeweiligen Arbeitskontext und getragen von den Mitarbeitenden. So entstehen niedrigschwellige, praxisnahe Formate, die auch an Herausforderungen und Anliegen aus dem Arbeitsalltag anschließen können.

Wie Demokratie konkret wird: Beispiele aus der Praxis

Die Bandbreite der Ansätze zeigt sich in ersten Umsetzungen:

Kreativer Zugang im Amt für Soziales

Mitarbeitende haben sich regelmäßig getroffen, um sich künstlerisch mit dem Thema auseinanderzusetzen. Es entstanden gestaltete Pinnwände und Plakate, die dauerhaft sichtbar bleiben, sowie „Mut-Mach-Karten“, die in herausfordernden Situationen unterstützen.

Fortbildungsangebote der Personalentwicklung

Gemeinsam mit weiteren Bereichen wurden praxisnahe Formate entwickelt, u. a.:

- „Respekt statt Parolen“: Argumentationstraining gegen demokratiefeindliche Aussagen
- „Leben in Vielfalt“: Workshop zur demokratischen Entscheidungsfindung

Ergänzend wurden weitere Beiträge und Perspektiven (u. a. aus den Diversity- und Gleichstellungsbereichen) aufgegriffen.

„Demokratie im Behördenalltag stärken: rechts- und handlungssicher agieren“: Die Schulung stärkt Mitarbeitende darin, diskriminierende oder demokratiefeindliche Aussagen im Arbeitsalltag zu erkennen,

einzuordnen und angemessen darauf zu reagieren. Sie vermittelt dafür sowohl rechtliche Grundlagen als auch konkrete Handlungsmöglichkeiten und Unterstützungswege innerhalb der Verwaltung.

Erinnerungskultur im Arbeitsalltag (Dezernat Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit)

Verwaltungshandeln wird bewusst mit historischen Orten in Bochum verknüpft.

Dazu zählen etwa:

- eine Leitungssitzung am Mahnmal für ein ehemaliges Außenlager des KZ Buchenwald (fachlich begleitet durch das Stadtarchiv)
- Führungen am Gedenkort Nordbahnhof, der an die Deportation jüdischer Bürgerinnen und Bürger erinnert

Diese Formate bringen Mitarbeitende zusammen, verbinden fachliche Arbeit mit historischer Reflexion und verdeutlichen Verantwortung in einem breiteren Kontext.

Auch unabhängig von konkreten Formaten lassen sich Impulse leicht in den Alltag integrieren. Eine einfache Reflexionsfrage für alle städtischen Vorhaben und Routinen kann bereits viel bewirken: „Wer fehlt eigentlich in unseren Überlegungen, in unseren Perspektiven – und nicht zuletzt in unseren Büros?“ „Welche Bevölkerungsgruppen sind vertreten – und welche nicht? Und was bedeutet das für unsere Entscheidungen?“

Was diese Formate bewirken

Die Beispiele verdeutlichen: Es geht nicht um einzelne Maßnahmen, sondern um das, was sie ermöglichen:

- Reflexion im Arbeitsalltag – auch in Bereichen, die wenig Berührung mit solchen Themen haben
- Dialog über Fachgrenzen hinweg – Perspektiven werden sichtbar
- Sicherheit im Umgang mit schwierigen Situationen
- Gemeinsames Lernen – Demokratie wird konkret erlebt statt abstrakt diskutiert

Haltung wird dabei nicht verordnet, sondern gemeinsam entwickelt.





Mit Hilfe von KI erstellt.

Fazit: Verwaltung gestaltet Demokratie – auch nach innen

Die Erfahrungen aus Bochum zeigen: Demokratie ist keine Aufgabe, die Verwaltung nur nach außen erfüllt. Sie wird auch innerhalb der Organisation gestaltet – durch das Miteinander und die Kultur, Kommunikation und Zusammenarbeit.

Ansätze wie „Verwaltung mit Haltung“ machen sichtbar: Verwaltung ist nicht neutral im Sinne von wertfrei, sondern handelt auf einer klaren verfassungsrechtlichen Grundlage – und es ist ihre Pflicht, diese aktiv im Alltag zu leben.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung wird diese innere Stärke entscheidend. Eine Verwaltung, die Begegnungen und Austausch ermöglicht, unterschiedliche Perspektiven aushält und ihre gemeinsame Grundlage reflektiert, trägt aktiv zur Stabilität der Demokratie bei.

Oder anders gesagt: **Verwaltung setzt Demokratie nicht nur um – sie kann sie auch prägen.**

